

Calmer Calwblatt

Nr. 94.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erstausgabe: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 40 Hg. Restanten 1.50 Mk. — Eintrag der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Preisprophet 9.

Freitag, den 23. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn Mk. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 8.10 ohne Bestellgeb.

Die Konferenz von San Remo.

In San Remo, dem weltberühmten Wintertourort am Golf von Genua, sind zurzeit die ersten Staatsmänner Englands, Frankreichs und Italiens versammelt, um über das weitere Schicksal Deutschlands und die Aufteilung der Türkei zu beraten. Der geriebene Politiker Europas, Lloyd George, hat anlässlich dieses Aufenthalts in dem wegen seiner klimatisch so glücklichen Lage „das Paradies“ genannten Kurort den für den Journalismus des Angehörigen charakteristischen Witz geprägt, nun seien alle drei (gemeint sind Millerand, Ritti und Lloyd George) im Paradies, und es müsse sich zeigen, wer die Schlange sei. Den wahren Charakter dieser Zusammenkunft hat Lloyd George damit wirklich aufs glänzendste gekennzeichnet: Es handelt sich in San Remo um nichts anderes als um ein Schachspiel der englischen, französischen und italienischen Politik. Der Einsatz ist Deutschland und die Türkei. Die gewiegtesten und erfahrensten Spieler Europas sitzen am Brette, jeder hat seinen bestimmten Trid, mit dem er den andern herauszuladen versucht; jeder weiß aber auch, daß der andere darauf ausgeht, ihn auf den Leim zu führen.

Eigentlich hätte die Konferenz nur die Aufgabe haben sollen, die Verteilung der türkischen Provinzen unter die Siegerstaaten mit Einschluß des schmalen Griechenlands vorzunehmen, und sich über die Rußland gegenüber einzuschlagende Politik klar zu werden. Der Kappputsch und nach ihm der Kommunistenputsch im Ruhrgebiet, über dessen wahren Ursprung heute noch keine Klarheit besteht — wir neigen zu der Vermutung, daß es sich um ein mit Ententegeld provoziertes Unternehmen handelt — gaben Frankreich die seit langem gewünschte Gelegenheit, weitere lebenswichtige deutsche Gebiete zu besetzen und in Ermanglung eines tatsächlichen Rechtmittels für sein brutales Vorgehen Deutschland der Verletzung und Nichteinhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrags zu bezichtigen. Die französische Regierung hat offiziell erklärt, sie wolle nicht nur die völlige Entwaffnung Deutschlands erzwingen, sondern auch die Nichteinhaltung der Kohlenlieferungs-pflicht durch Besetzung des Ruhrkohlengebiets, also des einzigen großen Kohlenlagers, das noch sicher in deutscher Hand war, beantworten. Im gleichen Augenblick aber, in dem man uns vorwirft, daß wir nicht genügend Kohlen abliefern, verweigert uns Frankreich die Niederwerfung des Aufstehens im Ruhrgebiet, und gibt damit Klipp und Klar zu erkennen, daß man auf rechtmäßige Weise sich die Kohlenlieferung gar nicht verschaffen, sondern daß man durch Besetzung des Ruhrgebiets und dessen kapitalistische Ausbeutung den Wiederaufbau Deutschlands verhindern will. Daß die völlige Vernichtung Deutschlands von Frankreich beabsichtigt ist, haben ja die Aussagen französischer Offiziere deutlich erwiesen, daran ändert auch das Dementi der französischen Regierung nichts. Und wir sehen diese Tendenz auch in dem engen Zusammenarbeiten mit den Polen, die in ihrer Gewaltpolitik bezüglich Oberschlesiens, Danzigs und Ostpreußens offen und geheim von Paris aus unterstützt werden. Hat man das Ruhrgebiet und das ober-schlesische Kohlengebiet, dann ist Deutschlands industrielle Konkurrenz ausgeschaltet, und es muß wieder auf das Niveau eines Agrarstaates zurückfallen, was zur Folge haben muß, daß die 20 Millionen Einwohner, die Deutschland nach Clemenceaus teuflischem Auspruch noch zu viel hat, auszuwandern gezwungen sind. Das ist in kurzen Umrissen der französische Plan, dessen Durchführung Herr Millerand in San Remo bei seinen Alliierten durchsetzen will.

Den seitherigen Äußerungen der englischen und italienischen Staatsmänner und Presse nach zu schließen, sollen diese beiden Staaten mit dem französischen Vernichtungsplan nicht einig gehen. Wir sind aber nicht optimistisch genug, daraus etwa die Folgerung herzuleiten, daß die beiden Staaten nun auch gewillt wären, dem französischen Siegerübermut Einhalt zu gebieten. Deutschland ist für sie nur eine Schachfigur, die von England auf dem orientalischen Brette, von Italien auf dem Balkanbrette vorgehoben wird. Die Engländer wollen ihren Einfluß in dem Frankreich zugesprochenen Syrien nicht aufgeben, die Italiener brauchen die deutsche Sympathie, um gegen die Südslawen freien Rücken zu haben. So wird zum Spiel angetreten, und da alle drei Staaten, um ihre imperialistische Politik aufrecht erhalten zu können, einander brauchen, so wird es in San Remo keinen Sieger und keinen Besiegten geben, sondern man wird sich auf „Remis“ einigen, und den Einsatz werden Deutschland und die Türkei zu bezahlen haben. Welche Folgen eine etwaige weitere Gewaltpolitik gegen Deutschland haben

wird, wollen wir nicht ausmalen, denn das deutsche Volk wäre dann am Ende seiner Willenskraft, und diejenigen, die diesen Zeitpunkt herbeisehnen, scheinen sich nicht darüber klar zu sein, daß in demselben Augenblick, in dem uns die Soffnung auf eine Gesundung genommen wird, die rote Flut über Deutschland hereindringen wird, aber nicht nur, um Deutschland zu vernichten, sondern ganz Europa mit in ihren Strudel zu ziehen. Bekanntlich wartet der russische Bolschewismus sehnsüchtig auf diesen Moment, und wenn in San Remo die französische Gewaltpolitik noch einmal zurückgehalten wird, so ist es nur dieser Gesichtspunkt, der etwa von London und Rom aus als Einspruch geltend gemacht werden könnte. Die Bolschewisten stehen am Schwarzen und am Kaspiischen Meer. Sie haben ihre Agenten in Persien, in Indien, in den türkischen Ländern, und schon fürchtet England für sein orientalisches Reich von Indien bis Kgypten. Der neue deutsche Außenminister hat vielbedeutend davon gesprochen, daß man nicht wisse, was von Osten komme. . . .

Die Konferenz von San Remo verlangt aber noch einen historischen Rückblick. Es hat im deutschen Volk Leute gegeben, besonders die um Crispian und Genossen — diese ur-deutschen Elemente —, die konnten sich nicht genug darin tun, die Schuld am Kriege den Mittelmächten zuzuschreiben. In San Remo wird heute das Schlußprotokoll über das Ergebnis des seit 1907 mit allen Mitteln der raffiniertesten Politik vorbereiteten Ueberfall auf die Mittelmächte und die Türkei unterschrieben. Der englisch-russische Teilungsvertrag bezüglich Persiens war der Anfang, der von England und Frankreich an Italien konzessionierte Tripolisfeldzug war die erste Fortsetzung, der als zweite der Balkankrieg mit dem Einverständnis der Ententemächte folgte, und als dritte die offensichtliche Herausforderung Desterreich-Ungarns durch Serbien, das Verstoßung Rußlands. Alle diese Vorbereitungen waren getroffen, um den Endschlag gegen Deutschland leichter und politisch gefahrloser führen zu können, denn hätte die deutsche Diplomatie die Hand Englands oder gar Amerikas in diesem Spiele erkannt, so hätte sie vielleicht doch noch letzten Endes eine Verständigung mit Rußland und Japan gesucht, so aber ist sie restlos ins Garn gegangen. Im Augenblick der Abschaffung dieses Artikels sind wir noch nicht im Besitze von näheren Angaben über die Denkschrift des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die dieser auf Grund der Aussagen der damals führenden deutschen Staatsmänner über den Kriegsausbruch soeben veröffentlicht, aber das können wir heute schon sagen, unsere Auffassung über die Schuld am Kriege dürfte durch sie wohl nur bekräftigt werden.

Was schließlich die Haltung Amerikas noch anbelangt, so haben wir seit der famosen Auslegung der amerikanischen „Neutralität“ durch Herrn Wilson über unsere Ansicht bezüglich der Washingtoner Politik keinen Zweifel gelassen. Das Eingreifen Amerikas in den Krieg, das schamlose Verhalten Wilsons vor den Waffenstillstandsverhandlungen, die völlige Aufgabe seines angeblichen Friedensprogramms haben uns Recht gegeben. Und wenn heute laut und mit Pose von Washington gebracht wird, daß die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten noch diese Woche eine Entschlie-ßung einbringen will, durch die Amerika sich vom Versailler Vertrag losagt, und ebenso von den europäischen Verhältnissen, so können wir mit dem besten Willen dahinter nichts anders sehen als eine Fortsetzung der angelsächsischen Welt-machtspolitik mit andern Mitteln. Amerika ist angeblich in den Krieg, um den deutschen „Militarismus“ zu vernichten, und die geknechteten Völker Europas zu befreien. Es hat dieses Ziel erreicht, nur mit der kleinen Abänderung, daß nun andere Völker aufs schamloseste geknechtet und ausgepreßt werden. Jetzt wo es seine „moralische“ Stimme hören lassen sollte, zieht es sich schamhaft zurück, und überläßt das aus tausend Wunden blutende Europa dem französischen, polnischen und tschecho-slowakischen Imperialismus, denn jetzt hat es auf einmal erkannt, daß es eigentlich in Europa nichts zu suchen hat. Diese „Erkenntnis“ drei Jahre früher hätte einen wirklichen Verständigungsfrieden ermöglicht, und die moralisierenden Amerikaner hätten tatsächlich der Welt einen Dienst geleistet. Dann aber wäre womöglich ein deutsch-russisch-japanisches Bündnis gekommen, und hätte den Herren Angelsachsen ihre Weltherrschaftspläne zerstört, die sie jetzt im geheimen weiter-spinnen.

Das Drakel von San Remo.

Paris, 23. April. Havas meldet aus San Remo: Die Konferenz setzte die Ausarbeitung des Friedensvertrags mit der Türkei fort, die, wie man glaubt, heute zu Ende gehen wird.

Paris, 23. April. Der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats“ in San Remo meldet, daß die deutschen Angelegenheiten schon den Gegenstand besonderer arbeitsreicher Verhandlungen zwischen den Ministerpräsidenten gebildet hätten. Die Meinungs-verschiedenheiten seien ernst.

Ein schlechter Witz.

Berlin, 23. April. Zu der Meldung des „Matin“, Ritti und Lloyd George hätten die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers in San Remo für wünschenswert erklärt, erfährt die „Voss. Ztg.“ aus der Reichskanzlei, daß die deutsche Regierung von einem solchen Vorschlag keine Kenntnis erhalten hat.

Die amerikanische Passivität.

Paris, 22. April. Havas meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat den amerikanischen Botschaften in Rom aufgefodert, an der Konferenz in San Remo teilzunehmen, ohne sich jedoch an der Debatte zu beteiligen.

Eine offizielle französische Erklärung über die deutsche Heeresforderung.

(WTB.) San Remo, 22. April. (Havas.) Die deutsche Note, welche die Forderung einer Armee von 200 000 Mann stellt, hat in Konferenzkreisen lebhaften Eindruck hervorgerufen. Es scheint, daß sie ohne Ueberraschung und von englischer und italienischer Seite sogar mit einem Wohlwollen aufgenommen wurde. Auf französischer Seite behält man sich die Bildung einer Meinung vor bis zur Prüfung der Frage durch die Konferenz. Es mag sein, daß die bolschewistische Gefahr eine Vermehrung des deutschen Heeres nötig macht. Nach dem militärischen Staatsrecht Kapps aber kann Frankreich gegen eine Verstärkung der deutschen Armee Bedenken hegen, da deren Stimmung für die republikanische Regierung besonders unter den Offizieren zweifelhaft ist. Wenn der Bolschewismus zu fürchten ist, ist es der Militarismus nicht weniger. Wenn daher der Friedensvertrag die von Deutschland gewünschte Abänderung erfährt, erscheint es gerechtfertigt, daß Frankreich genügend Garantien erhält gegenüber jedem Versuch einer militärischen Revanche. Die deutsche Note wird den Regierungschefs Anlaß geben, das ganze Problem der Entwaffnung Deutschlands zu besprechen, nicht bloß die Verwendung von Streitkräften in der neutralen Zone.

Frankreich befehlt auf voller Kohlenlieferung.

Berlin, 23. April. Die Berliner Morgenblätter melden aus Offen: Die Wiedergutmachungskommission hat der hiesigen Entente-kommission mitgeteilt, daß sie ihre Zustimmung zu weiteren Kohlen-lieferungen an Holland nicht erteile. Zunächst verlange Frankreich die volle Menge Kohlen, die ihm auf Grund des Friedensvertrags geliefert werden müsse.

Der türkische Widerstand gegen den griechischen Raub.

Amsterdam, 22. April. Laut „Telegraaf“ meldet die „Times“ aus Konstantinopel: Nationalistische Truppen haben den Smyrna-Abschnitt teilweise geräumt, um sich mit den regulären Truppen gegen Anzavur Pascha zu vereinigen. Der Kampf scheint ungünstig, denn er ist zurückgegangen und aus Konstantinopel sind Mannschaften und Munition an ihn abgefordert worden.

Zur äußeren Lage.

Ein deutscher Bericht über die Truppenbestände im Ruhrgebiet.

(WTB.) Berlin, 22. April. In einer von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note wird darauf hingewiesen, daß infolge der bis 21. April durchgeführten Verminderung die Kopfstärke der Truppen in der 50-Kilometer-Zone die zulässige Zahl nicht mehr übersteigt, daß nur noch die Zahl der Verbände um 10 1/2 Infanteriebataillone und 10 Batterien überschritten ist. Die weitere Verminderung der Verbände ist im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig, da die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen in den stark bevölkerten, dicht beieinander gelegenen Ortshäufen es besonders vorteilhaft erscheinen läßt, kleine Verbände zu verwenden. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung gebeten, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früheren Anträgen lediglich nach Köpfen bemessen wird. Bezüglich der Artillerie ist um Belassung von elf Batterien in der 50-Kilometerzone gebeten worden. Die deutsche Regierung glaubt, daß sie mit den am 21. April vorhandenen Truppen die Ordnung aufrecht erhalten kann. Insbesondere rechnet sie mit der Hoffnung, südlich der Ruhr ohne gewaltiges Einschreiten zu geordneten Zuständen zu kommen. Sie muß aber mit de-

Hochzeit
im Saale der
ein
Calw,
I. Bopfinger.

24. April, im
statfindenden
Feier
Bekannte herz-
Miller, Calw,
Calw.

ung.
unde und Be-
den 24. April

Feier
Bathhaus zum
laden.
Hgemuth,

richt
omm
0.

htung!
waren
er Art
en Sie
ilhaft bei
Stoll, Haggasse.

rag zu verkaufen:
Paar
erstiefel,
42-44,
Paar
schuhe,
42,
Paar
erstiefel,
43,
weiche
armonika.

192. I. Stock.
00 feuerfeste
eine
raufen
öwen, Hirsau.
fen gesucht:
Bentner
i. Dehnd,
einige Meter
iterholz
hen gesucht.
n, sagt die
des Stattes.

Mit dem Ernst und im Bewußtsein ihrer Verantwortung immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig es ist, wieder für Ruhe, Sicherheit und Ordnung in dem Gebiet einzutreten zu können, das den Kern des deutschen industriellen Lebens bildet. Wären ihre in dieser Hinsicht die Hände gefesselt, so müßte sich unvermeidlich jede Störung der Ruhe auf das ganze Reichsgebiet übertragen. Dadurch würde das Land immer wieder an den Rand des Abgrundes gebracht und dadurch würde auch die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages gefährdet werden. Dem Vorsitzenden des interalliierten Ueberwachungsausschusses für das Landheer, General Koller, ist außerdem eine genaue Uebersicht der Truppenverbände in der 50-Kilometer-Zone übermittelt worden.

England rechnet mit dem völligen Ruin Oesterreichs.

London, 22. April. Bei Besprechung der Friedensverträge mit Oesterreich und Bulgarien im Oberhause sagte Lord Milner, es sei den Abmachungen, die zum Eingreifen Italiens in den Krieg seinerzeit abgeschlossen wurden, zuzuschreiben, daß nicht unerhebliche deutsche Elemente unter italienische Herrschaft gekommen seien. Mit dem völligen Ruin Oesterreichs müssen wir rechnen, nachdem die Donaumonarchie nun einmal so zerstört worden ist. Dieser Ruin wird sich kaum aufrecht erhalten lassen, trotz der Hilfe, die die Alliierten Oesterreich angeheben lassen und trotz der Bemühungen der englischen Regierung, die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages von St. Germain mit größtem Entgegenkommen auszuliegen.

Das Elend unserer deutschen Brüder in Oesterreich.

Wien, 23. April. Die Nationalversammlung nahm in fortgesetzter Budget-Debatte eine Reihe von Kapiteln an. Im Verlauf der Debatte verwarf die Großdeutsche Straßner und Urfen die schwankende Außenpolitik des Staatskanzlers und erklärte, der Staatskanzler solle nicht internationale Politik, sondern nationale Politik verfolgen. Nur die Einverleibung in das deutsche Mutterland biete die Möglichkeit, aus dem Elend herauszukommen. Sie behaupten, daß der Staatskanzler sich nicht der 3½ Millionen Deutschen im tschechischen Staate erinnere.

Das deutsch-holländische Abkommen.

Haag, 22. April. (Norr-Bur.) In der Zweiten Kammer ist eine Denkschrift des Ministers für Finanzen und Landwirtschaft und für auswärtige Angelegenheiten betreffend das mit der deutschen Regierung beschlossene Abkommen über die Gewährung eines Kredits von höchstens 200 Millionen Gulden und die Versorgung Hollands mit Steinkohlen und ähnlichen Erzeugnissen eingegangen. — Frankreich will jedoch diese Versorgung Hollands nicht gestatten.

Die Aufteilung der deutschen Flotte.

London, 22. April. Der Unterstaatssekretär des Handelsmarineamtes, Vignon, hat heute das englisch-französische Abkommen bezüglich der Aufteilung der deutschen Schiffe unterzeichnet. Das Abkommen ist für Frankreich sehr befriedigend.

Eine englische Arbeiterpartei für die internationale Wirtschaftskonferenz.

Haag, 23. April. In einem Aufruf des Vorstands der englischen Arbeiterpartei für Einsetzung einer internationalen Wirtschaftskommission, in der die alliierten und die ehemals feindlichen Staaten vertreten sein sollen, wird laut „Nieuwe Courant“ vorgeschlagen, daß diese Kommission dem Völkerbund unterstellt wird. Die finanziellen und wirtschaftlichen Vermittlungen, die die ganze Welt bedrohen, könnten durch ein gesondertes Vorgehen eines oder einzelner Staaten nicht verhindert werden. Die Industrien und der Kredit ganz Europas müßten auf internationale Grundlage gestellt werden, da sonst bei der engen Verflechtung der Wirtschaftszweige zwischen den einzelnen Ländern der Zusammenbruch eines Staates den seiner Nachbarn zur Folge haben würde.

Die verhandlungsbereiten Bolschewisten.

(W.B.) Kopenhagen, 22. April. Ein leitendes Mitglied der russischen Handelskommission hat dem hiesigen Vertreter des Reuterschen Büros erklärt, daß Rußland zu Verhandlungen über die alte russische Staatsschuld und das beschlagnahmte ausländische Eigentum bereit sei. Die Entente müsse jedoch ihren Widerstand dagegen aufgeben, mit den Vertretern der Sowjetregierung zu verhandeln. Bevor nicht gewisse Fragen, darunter die Blockadefrage, mit den alliierten Regierungen geregelt sei, sei jeder Handel mit Sowjetrußland in Wirklichkeit unmöglich.

Ausland.

Generalkrieg in Elsaß-Lothringen.

(W.B.) Paris, 23. April. Nach einer Havasmeldung aus Mülhausen ist der Befehl zum Generalkrieg gestern Mitternacht gegeben worden. Die Eisenbahner haben gestern vormittag die Arbeit verlassen. In der Stadt ist der Verkehr unterbrochen. Die Textilwarenfabriken, die Metallwarenfabriken, die elektrischen Unternehmungen und die großen Geschäfte sind geschlossen. Keine Zeitung erscheint. Telefon und Telegraph funktionieren noch. Die Stadt ist sehr lebhaft. Die Ordnung wurde nicht gestört. — Nach einer Havasmeldung aus Straßburg funktioniert die Elektrizität seit gestern Mitternacht nicht. Seit gestern vormittag ist der Ausfall allgemein. Nur die Post hält einen beschränkten Dienst aufrecht. Einige Züge sind angekommen und abgegangen. — Nach einer Havasmeldung aus Saargemünd und Metz scheint in Lothringen der Generalkrieg nicht allgemein durchgeführt worden zu sein.

Die Angst vor Caillaux.

Paris, 22. April. Im Caillaux-Prozess nahm Caillaux nach seinem Verteidiger selbst das Wort zu einer kurzen Verteidigungsrede, die die Tribüne zu lautem Beifall veranlaßte. Er lehnte die Behauptung ab, daß ein Politiker in Kriegszeiten nicht berechtigt sei, eine andere, als eine Regierungspolitik zu betreiben. Niemand habe er Unterredungen mit dem Feinde gehabt, und niemals habe er daran gedacht, Frankreich von seinen Alliierten zu trennen. Man muß an, daß das Urteil heute gesprochen wird.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Waffenablieferung.

Nach einer ergangenen Entscheidung des Ministeriums des Innern sollen auch Vogelstinten und Zimmerbüchsen unter die Schutzgegenstände, deren Besitz ohne oberamtlichen Waffenschein nicht gestattet ist.

Calw, den 19. April 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann.

Bekanntmachung

betr. die Handwerkskammerwahlen 1920.

Die Anmeldungen und Mitgliederverzeichnisse liegen vom 26. 4. bis 4. 5. 1920 auf dem Oberamt zur öffentlichen Einsicht und Vorbringung von Einsprachen auf.

Calw, den 21. April 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann.

Bezirksfürsorgestelle

der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Schwerebeschädigte, die mindestens eine Rente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente beziehen und Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Verwundung oder ihres Leidens genötigt sind, einen Berufswechsel vorzunehmen und zurzeit ohne Arbeit sind, haben sich unverzüglich bei der Bezirksfürsorgestelle Calw zu melden. (Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag und Samstag, vormittags von 8 bis 11 Uhr.)

Paris, 22. April. Der oberste Gerichtshof hat mit 213 gegen 29 Stimmen den Antrag des Generalstaatsanwalts, Caillaux auf Grund der Art. 77 und 79 des Strafgesetzbuchs zu verurteilen, zurückgewiesen. Der oberste Gerichtshof prüft nunmehr, ob andere Artikel des Strafgesetzbuchs gegen Caillaux angewendet werden können. — Man kann gegen Caillaux nicht herausbringen, aber die heutigen Nachrichten fürchten, daß er manches zu sagen hat, und deshalb muß er unschuldig gemacht werden.

Die englischen Finanzen.

London, 22. April. Im Unterhaus hob Chamberlain hervor, daß für das laufende Jahr eine weitere Verminderung der Staatsschulden um 300 Millionen Pfund Sterling zu erwarten sei, ohne Ausnahmemaßnahmen zu ergreifen. Später würde möglicherweise eine Abgabe auf die durch den Krieg erworbenen großen Vermögen gelegt werden. Die von der Arbeiterpartei vorgeschlagene allgemeine Kapitalsabgabe bezeichnete er als ungerecht.

Erzeugnisse aus Sowjetrußland.

London, 22. April. Auf Anfrage wurde im Unterhaus von der Regierung bestätigt, daß in Genoa zwei Schiffe aus Odessa mit Erzeugnissen aus Sowjetrußland eingetroffen seien.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. April. Vizepräsident Böbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr: Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wohnungspolitik betreffend die Errichtung von Bergmannswohnungen.

Abg. Dr. Mumm (D.N.) befragt, bei der Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln für Bergmannswohnungen den Erzbergbau und den Kohlenbergbau gleichzustellen.

Abg. Osterroth (Soz.) beantragt, auch die Stahlbergarbeiter einzubeziehen, die Mittel aber nicht aus Reichsmitteln, sondern aus den Auslandsüberschüssen zu entnehmen.

Reichsarbeitsminister Schlieke weist auf die großen technischen Schwierigkeiten hin, die dem Antrag entgegenstehen.

Der Ausschuh Antrag mit dem Antrag Osterroth wird angenommen. Der Gesetzentwurf über Maßnahmen wegen Wohnungsmangels wird dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfs des Reichstagswahlgesetzes.

Reichsminister Koch: Ich begrüße mit großer Genugtuung, daß der Gesetzentwurf einstimmig mit geringen Änderungen angenommen wurde, weil damit die Gefahr einer Vergiftung des Wahlkampfes wegen Verdachtes einer gefälschten Wahlgeometrie entfällt. Alle Fehler der Verhältniswahl sind noch nicht vermieden, aber die gebundene Liste bietet noch immer die meiste Freiheit. Daß wir denjenigen für gewählt erklären, der über 60 000 Stimmen auf sich vereinigt, wird die Wahl volkstümlicher machen als die unständlichen Berechnungen, ebenso, daß die Zahl der Abgeordneten steigt mit der steigenden Wahlbeteiligung. Bedauerlich ist es, daß wir noch nicht überall zu kleinen Wahlkreisen zurückkehren konnten. Eine Ueberschätzung der Bedeutung der Reichslisten für die überzähligen Stimmen ist nicht angebracht. Die ersten Gefahren für die Abstimmungsgebiete für die früh angelegten Reichstagswahlen dürfen nicht verkannt werden. Die Wahlen in Ostpreußen und Oberschlesien zu vertagen, scheint noch immer das geringste Uebel zu sein. Halten wir, daß das laute Vernehmen zum Deutschstum in diesen Provinzen unverändert bestehen bleibt. Bedauerlich ist es, daß es uns versagt ist, im Saargebiet und in Eupen-Malmédy wählen zu dürfen. Wir gedenken trotzdem der dortigen Brüder in Treue.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.): Der Gesetzentwurf kann sich sehen lassen. Der Ausschuh hat gute Arbeit geleistet.

Abg. Brodau (Dem.) stimmt dem zu. Der Gesetzentwurf wird den schwierigen Verhältnissen gerecht.

Abg. Eichhorn (U.S.) bedauert, daß durch die Verhältniswahl die engen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wählern beeinträchtigt wird.

Abg. Dietrich (D.N.): Den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes werden wir im wesentlichen zustimmen können. Es war die Schuld der Regierung, daß sie das Wahlgesetz nicht früher eingebracht hat.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Kempter (D.N.), Schmidt-Sachsen (Soz.), Waldstein (Dem.), Leicht (Z.) zu § 2 beantragen beide sozialdemokratische Parteien die Streichung des Absatzes, der den Soldaten das Wahlrecht nimmt.

Abg. Schmidt-Sachsen begründet dies.

Abg. Haußmann (Dem.) spricht dagegen.

Abg. Gräfe (D.N.): Ein Teil meiner Freunde glaubt, daß man Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten sollen, nicht von den politischen Rechten ausschließen darf.

Abg. Posadowsky (D.N.): Ein politisierendes gebildetes Heer ist gefährlicher als ein politisierendes ausgehobenes Heer. Das heutige deutsche Heer darf nur ein gehorsames Organ der Regierung sein.

Reichswehrminister Geßler: Wenn Sie einer Wehr das Recht der politischen Meinungsfreiheit geben wollen, dann dürfen Sie es nicht abtemperieren nach der jeweils herrschenden parlamentarischen Mehrheit. Die Reichswehr braucht Ruhe und darum bitte ich, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Durch Verordnung will ich in den nächsten Tagen die Wehrkammern einführen. Gestern war eine Abordnung der Marinebrigade in Münster bei mir, die unter Drohungen von mir verlangte, daß die Haftbefehle gegen Klapp und Erhardt zurückgezogen werden und Erhardt an der Spitze seiner Truppe bleibe. Ich habe es natürlich abgelehnt. Aber Sie sehen, daß eine politisierende Truppe ihre Macht politisch zu benutzen sucht.

Abg. Graf zu Dohna (D.N.) stimmt dem zu.

Abg. Eichhorn (Unabh.) beantragt, den Untersuchungsgegenstand das Wahlrecht zu gewähren.

Abg. Herold (Zentr.) tritt für die Regierungsvorlage ein.

Abg. Kagenstein (Soz.): Wir wollen keine Politisierung des Heeres, aber wir wollen es dem freien Luftstrom der öffentlichen Meinung aussetzen und nicht zum blinden Werkzeug einer einzelnen Kaste machen.

Die Anträge werden abgelehnt. Weitere Paragraphen werden ohne erhebliche Änderungen angenommen.

Reichsminister Koch erklärt, daß wenn nicht in aller nächster Zeit sich feststellen läßt, ob und wann die Abstimmungen in Schleswig-Holstein stattfinden, die Reichstagswahlen für Schleswig-Holstein für später angelegt werden.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso die Anlage betreffend die Wahlkreiseinteilung und die Wahlkreisverbände.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahl des Reichspräsidenten. — Das Gesetz wird in zweiter und auch in dritter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung morgen nachmittags 3 Uhr: Dritte Lesung des Wahlgesetzes u. a.

Die Abg. Weinhausen und Hermann (Dem.) haben folgende Anfrage eingebracht: Die „Südd. Ztg.“ behauptet, ein Angebot vom 23. März 1920 zu haben, das von einem Lübecker Haus an eine schwedische Firma gerichtet wurde und wörtlich lautet:

Freibleibendes Angebot.
10 000 Paar Kavalleriestiefel 232,50 M. per Paar
30 000 Paar Militärschnürstiefel 177,00 M. per Paar
30 000 Paar Halbhang-Schaffstiefel 177,00 M. per Paar

Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.
Ab Hannover mit Ausfuhrer genehmigung.
Diese Mitteilung hat in Süddeutschland angefaßt der ungeheuren Schuhnot große Beunruhigung hervorgerufen.

Ist die Reichsregierung bereit, mitzuteilen, wie es möglich sein kann, daß 70 000 Paar Schuhe mit behördlicher Ausführungsgenehmigung ins Ausland verschoben werden können? Will sie die Mittel nennen, welche in Zukunft ein derartiges schamloses Treiben vaterlandschädigender Elemente verhindern?

Deutschland.

Untersuchung des Rapp-Bußches.

Berlin, 23. April. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Stettin: In Greifswald ist auf Veranlassung des Stettiner Polizeipräsidenten eine Anzahl von Durchsuchungen vorgenommen worden und zwar bei studentischen Verbindungen, sowie bei Einzelpersonen. U. a. wurde der von dem Rapp-Bußch her bekannte Hauptmann Gense auf einem Orte bei Greifswald festgenommen.

Hamburg, 22. April. Der Bürgermeister von Kiel, Dr. Lindenmann, der in den Bußschlagen die Interessen der Rapp-Regierung in Kiel vertrat, wurde heute morgen hier verhaftet.

Berlin, 22. April. Rechtsanwalt Brederodt, der Presschef der Rapp-Regierung, der sich unter dem Namen eines Ingenieurs Paul Schulbig in Seltow bei Potsdam aufhielt, ist von Polizeibeamten dort festgenommen und nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht worden.

Eine neue spartakistische Bewegung.

Berlin, 23. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus dem Bergischen Lande meldet, wird dort eine neue spartakistische Bewegung vorbereitet. Der Hauptstich der Agitatoren ist gegenwärtig ansehend Remscheid. Außerdem werden auch in Varnen und Solingen umfangreiche Vorbereitungen für diesen Zweck getroffen.

Bankbeamtenstreik in Düsseldorf.

Berlin, 21. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Düsseldorf sind die dortigen Großbanken wegen des Streiks der Bankbeamten geschlossen. Die Eingänge zu den Bankgebäuden sind von Streikposten besetzt. In den Privatbanken wird gearbeitet.

Sozialistische Pläne für die Reichstagswahlen.

(W.B.) Berlin, 22. April. In der gestrigen Funktionärversammlung der Sozialdemokratischen Partei gelangte, nach den Abendblättern, eine Resolution Stampfer-Krüger zur Annahme, die die Benützung der bevorstehenden Reichstagswahlen zur Schaffung einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit fordert, und sich unter Ablehnung jeder Diktatur zur Herbeiführung einer Einigung mit der U.S.P.D. auf dem Boden rein demokratischer sozialistischer Politik bereit erklärt. — Die „Freiheit“ bemerkt dazu, der Verlauf der Konferenz bedeute keinen Sieg der Opposition.

Graf Bernstorff Reichstagskandidat.

Berlin, 23. April. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Essen gemeldet, daß die Demokratische Partei für den 23. Wahlkreis (das rheinisch-westfälische Industriegebiet) den Grafen Bernstorff als Reichstagskandidat aufstellte.

Calw.

Montag, den 26. April, abends 7/8 bis 9 Uhr im Saale der Brauerei Dreiß (Weiß), Badgasse:

Kinderlieder-Konzert von Helene Kausler-Reutlingen

für Jung und Alt. — Vorverkauf bei Herrn Häubler, Buchhandlung an der äußeren Brücke, Nummerierter Platz Mk. 2.50, offener Platz Mk. 1.50. Kinder je die Hälfte.

Evangelisations-Versammlungen

von Montag, den 26. April bis Freitag den 30. April, abends 8 Uhr in der Methodisten-Kapelle in Calw.

Allgemeines Thema: „Zeit- und Ewigkeitsfragen“. Geleitet von dem bekannten Evangelisten R. Müller-Dehringen. Jedermann ist dazu herzlich eingeladen. W. Fiel, Prediger.

Bezirks-Bienenzüchterverein Calw.

Am Sonntag, 25. April, nachmittags 2 Uhr, findet in der Restauration Weiß (früher Dreiß'sche Brauerei)

Haupt-Versammlung

die Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Herstellung von Strohwohnungen. 3. Stellungnahme zur Faulbruststatut des Landesvereins. 4. Zuckerfragen. 5. Praktische Übungen am Bienenstand. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Namens des Ausschusses: S. Knecht, Vorstand.

Raninchenzucht-Verein Calw.

Am kommenden Sonntag, den 25. April, nachm. 3 Uhr bei Mitglied Kirchherr, Vorstadt,

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahres- und Rechenschaftsbericht. 2. Neuwahlen. 3. Ausstellung. 4. Verschiedenes. Am pünktlichen und vollzähligen Erscheinen bittet der Vorstand.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.

ALTE STUTTGARTER

Größte europäische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit

Gesamtversicherungsbestand der Bank: **1 1/2 Milliarden Mark**

Der Reinzuwachs beträgt im Jahre 1919 232 Millionen Mark und ist fast viermal so groß als im Jahre 1918.

Auskünfte erteilen in Calw: Carl Pross, Verwalter. — Herm. Stroth, Carl Reichert, Agenturen.

300 Ztr. Speisesalz

sind eingetroffen

Eugen Dreiß.

Calw.

Wirtschafts-Inventar-Verkauf.

Unterzeichneter verkauft am Samstag, den 24. April in der „Linde“, vormittags 9 Uhr, gegen Barzahlung: Eine Partie Wirtschaftstische und Stühle, Schragen in Tisch- und Gläser glatte und mit Bankhöhe, Denkel, sowie ein Garbenrad mit Seil, Heuseile, Heugabeln lange und kurze usw. Stadlinventierer R o l d.

Liebenzell.

Freunde und Mitglieder der Bürgerpartei

treffen sich

zwecks wichtiger Besprechung

am Sonntag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr im Nebenzimmer des Reparks.

Achtung! Gemeindeglieder!

Sonntag Nachmittag 4 Uhr, findet im Gasthof zum „Ochsen“ in Calw eine

öffentliche Versammlung

aller bei der Stadt beschäftigten Arbeiter statt, zwecks Zusammenschluß zur einheitlichen Organisation! Referent: Gauleiter Altvater - Stuttgart. Kein Gemeindeglieder darf bei dieser Versammlung fehlen. Ortsauschuß Calw d. Allg. D. Gewerkschb., Bischoff, Vorf.

Bezirks-Obstbauverein Calw.

Nächsten Sonntag nachmittags 2 Uhr

Versammlung in Zavelstein.

(Sammlung beim „Lamm“.

Tagesordnung: 1. Praktische Demonstration. 2. Vortrag über Obstbau.

Zu dieser Versammlung werden alle Freunde des Obstbaus von Zavelstein und den benachbarten Orten freundlich eingeladen. Der Vorstand.

Sägemehl

kann abgeholt werden.

Störzinger & Schwinghammer, Leinachtal.

Zu kaufen gesucht ein Haus mit kleinem Geschäft, Laden od. Wirtschaft, auch etwas Landwirtschaft dabei, in einem Ort möglichst nahe an einer Bahnlinie. Barzahlung resp. große Anzahlung. Angebote schriftlich mit genauer Angabe des Ortes, des Preises und der Art des Anwesens an die Geschäftsstelle des Blattes. Käufer verhandelt selbst.

Ein Paar Militärschnürschuhe Größe 28 1/2, und eine Feldbluse

sind zu verkaufen od. gegen Lebensmittel einzutauschen. Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Habe 1 Paar bereits neue Herren-

Schnürstiefel Größe 46, zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

2 Angelruten mit Rolle und sonstigem Zubehör, eine

Schmetterlings-Sammlung mit einigen ausländischen Exemplaren,

einen Vorhang aus Alpakastoff, noch wie neu, hat zu verkaufen

Adolf Koeper, Ernstmühl.

Weber's

Hausbacköfen Koch- u. Backherde

Fleischränder und Dörrapparate sind die besten und bewährtesten. Ueber 80 000 St. im Gebrauch. Anton Weber, Ettlingen. (Baden).

Viehbesitzer! Wenn Ihre Kuh nicht rindert, oder wenn sie öfters rindert und nicht aufnimmt, dann verlangen Sie kostengünstige Auskunft von C. Fr. Köbele, Langenargen a. B. 64. Niederlage: Neue Apotheke, Th. Hartmann, Calw.

Einem noch gut erhaltenen lebernen Mädchen-Bücherranzen

hat zu verkaufen

Schmert, beim Gaswerk.

Ein gut erhaltenes

Sahrrad mit neuer englischer Vereifung jetzt dem Verkauf aus. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine gute

Milch-Ziege, sowie etliche Zentner gute Kartoffeln sucht zu kaufen

Adolf Koeper, Ernstmühl.

Ein Paar

schöne Milch-Schweine hat zu verkaufen

Gottlieb Hauser, Simmozheim.

„Nissin“ gegen Kopfläuse Nichts anderes nehmen zu haben in der Neuen Apotheke

Verloren

ging am Donnerstag feil von der Lederstraße bis Bahnhof ein

Geldbeutel.

Abzugeben gegen Belohnung Lederstraße 183 III.

Verloren

ging vom Bahnhof bis zur neuen Handelsschule eine

Damenuhr,

abzugeben gegen Belohnung bei Heiner Kühle, Altbürgerstraße 277.

Schwarzwaldberein



Sonntag, den 25. ds.

Wanderung

nach D a t i e l. (Hirsch.) Abmarsch 1 Uhr v. „Adler“, Marschzeit 5 Stunden. Der Führer: Hartmann.

Geflügelweichfutter

Rüchensfutter

Hirse und

Futterkalk

empfehlen Otto Jung, Landesprodukte.

Gutempfohlenes

Mädchen

nicht unter 20 Jahren zu kleiner Familie bei guter Behandlung gesucht. Monat. Lohn 60 Mark.

Frau Redakteur Winter, Pforzheim, Kaiser Wilhelmstraße 7.

Lüchtiges

Mädchen

auf 1. oder 15. Mai gesucht.

Fr. Schaufelberger, Untere Markstr. 84.

Zu baldigem Eintritt gesucht, einfache, gesunde

Stütze,

die gern im Verein mit der gegenwärtigen Stütze und unter Mithilfe der Hausfrau die Haus-, Küchen- und Gartenarbeit, sowie Kinderpflege (Kinder im Alter v. 3 bis 12 Jahren) und das Nähen übernehmen, in schöne Gegend des bad. Schwarzwaldes. Vollst. Familienananschluß, guter Lohn u. gute Behandlung. Näheres Frau M. Kömpf, Hornberg, (Baden) Schwimmbadweg 330.

Jünger. Bursche

zur Landwirtschaft und Versorgung einiger Stück Vieh,

kann sofort eintreten

Josef Himmelscher, z. Hecht, Weilerstadt.

Wer übernimmt fortlaufend

Sammeln von

Brombeer-Blättern

und anderen zu Tee geeigneten Heilpflanzen, gegen gute Bezahlung. Angebote an Eugen Heller, Magstadt b. Stuttgart. C. 7.

Mikroskop

zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Sonnenhardt, den 23. April 1920.

Todes-Anzeige.



Liebetriibt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber Gatte, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Jakob Maist

Landwirt,

an den Folgen eines Unglücksfalles im Alter von 44 Jahren unerwartet rasch im Krankenhaus in Calw sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag Nachmittag 2 Uhr, in Zavelstein.

Calw, den 23. April 1920.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Urgroßvaters, Bruders und Onkels

Karl Maier,

Bahnwärter a. D.,

Veteran von 1870/71,

sagen wir herzlichen Dank. Insbesondere danken wir Sr. Erz. Generalleutnant v. Berger-Stuttgart für die ehrenvolle Teilnahme an der Beerdigung wie überhaupt für die Anteilnahme, die S. Erzellenz jederzeit dem Wohlergehen des Entschlafenen entgegenbrachte. Ferner danken wir für die tröstenden Worte des Herrn Stadtpfarrer Schmid, für die ehrenvollen Nachrufe und Kranzniederlegungen des Fahrpersonals und des Veteranen-Vereins Calw, für die vielen Blumen spenden, das zahlreiche Grabgeleit, besonders auch von Seiten der beiden Veteranen- und Militärvereine, sowie seinen Herren Kollegen für den letzten Liebesdienst.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Calw, den 21. April 1920.

Dankagung.



Für die von allen Seiten erwiesene herzliche Teilnahme beim Heimgang unserer lieben

Fanny

sagen innigen Dank

Familie Albert Hammer.

Gegen Katarhe



Herzdeklammungen, Angst- u. Schwächezustände. Berl. Sie kostenfr. ausführl. Broschüre. Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Str. 104a.